

Industriepolitisches Statement von

Dr. Marcus Kuhnert

Mitglied der Geschäftsleitung / Chief Financial Officer
bei Merck KGaA, Darmstadt und
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des VCI Hessen

Frühjahrs-Pressegespräch der Chemie

am 21. April 2021 in Frankfurt

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sperrfrist: 21. April 2021 – 11:00 Uhr

Die industriepolitischen Herausforderungen der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Hessen

Politik und Gesellschaft sind im Krisenmodus. Die Corona-Pandemie hat unseren Alltag, unser Berufsleben und den politischen Diskurs verändert. Die TV-Talkshows stehen ebenso wie die Diskussionen in den sozialen Netzwerken vorwiegend im Zeichen der Krise. Viele relevante industriepolitische Themen liegen im Superwahljahr 2021 demgegenüber brach.

Die Chemie- und Pharmaindustrie war und ist in besonderer Weise gefordert: Sie hat im vergangenen Jahr nicht nur akute Nothilfe mit der Desinfektionsmittel-Plattform geleistet. Sie gewährleistet in der Krise seit über einem Jahr eine fortlaufende, sichere und stabile Produktion, um Patienten mit lebensnotwendigen Medikamenten zu versorgen und Kunden auf der ganzen Welt mit dringend benötigten Produkten. Und ohne die vielfältigen Beiträge unserer Industrie wären Impfstoffe, Diagnostika und Therapeutika im Kampf gegen Covid-19 gar nicht denkbar.

Chemie- und Pharmaindustrie ermöglichen somit weiterhin Beschäftigung und Wohlstand – trotz maximal erschwelter Bedingungen. Als starkes Industrieland mit wettbewerbsfähigen Produktionsstandorten hat Hessen eine gute Ausgangsposition, um mit den Folgen der Krise fertig zu werden. Diese Position gilt es auszubauen und zu stärken. Deshalb kommt es jetzt darauf an, die

Vorteile, Voraussetzungen und konkreten Vorschläge für optimale Produktionsbedingungen herauszustellen. Auch wir als Chemie- und Pharmabranche wollen klar sagen, was wir brauchen, um somit eine gute Zukunft für Hessen und Deutschland mitzugestalten.

Wechsel vom Krisen- in den Wachstumsmodus

Es muss darum gehen, die Pandemie so schnell wie möglich zurückzudrängen. Das sind wir all jenen, die weniger gut durch die Krise gekommen sind und vor allem den Jüngeren, schuldig. Wir müssen von einem Krisen- in den Wachstumsmodus kommen. Grundlage dafür sollte Nachhaltigkeit in ihrem engsten Sinne sein: unter gleichrangiger Berücksichtigung von Ökonomie, Ökologie und sozialen Belangen. Dafür brauchen wir **Investitionen und Innovationen** – etwa für Klimaschutz, den Gesundheitssektor und die Digitalisierung unserer Schulen. Die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen bieten für all das einen idealen Orientierungspunkt. Doch das alles gibt es nicht zum Nulltarif.

Klimaschutz und Wachstum verbinden

Gerade den Klimaschutz voranzubringen, ist eine Herkulesaufgabe. Was gab es in den vergangenen zwanzig Jahren nicht schon an Zielsetzungen und Regularien! Eines davon: das EEG. Einst als gut gemeinte Starthilfe für die Erneuerbaren konzipiert, hat es sich zu einer bürokratischen Geldschleuder gemausert. Es gehört deshalb abgeschafft. Um Treibhausgasneutralität zu erreichen, muss stattdessen sehr viel Strom aus **erneuerbaren Energiequellen** zu möglichst niedrigen Preisen produziert

und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Industrie gesichert werden. Ein wichtiger Treiber sind **innovative Technologien** für neue Energietechniken und Produktionsverfahren.

Was wir jetzt brauchen

Die hessische Chemie- und Pharmaindustrie übernimmt Verantwortung. Und dies in Zeiten der Pandemie mehr denn je. Mit dem Bekenntnis unserer Industrie zur Treibhausgasneutralität bis 2050 und der unermüdlichen Suche nach Lösungen für aktuelle und künftige Herausforderungen stellt sie ihre Zukunftsfähigkeit unter Beweis. Gleichwohl sind die Unternehmen auf politische Rahmenbedingungen angewiesen, die ihr hohes Forschungs- und Leistungsniveau fördern statt behindern. Daher ist es wichtig, dass in der nächsten Legislatur dafür die richtigen Weichen in zentralen Politikfeldern gestellt werden:

Energie grüner und günstiger machen

Um die ehrgeizigen Klimaschutzziele bis 2050 zu erreichen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, brauchen wir ein Vielfaches an erneuerbarem Strom zu günstigen Preisen – auch durch eine Reduzierung der Umlagen und Abgaben. Sowohl das aktuelle Umlagen- und Abgabensystem in Deutschland als auch der derzeitige EU-Beihilferahmen sind ungeeignet, um die Transformation zu begleiten. Zusätzliche oder höhere Belastungen müssen verlässlich kompensiert werden. Nur auf dieser Grundlage wird die Industrie den Klimaschutz mit emissionsmindernden Produkten und Technologien voranbringen können.

Fortschritt durch Innovationen vorantreiben

Wir brauchen mehr Innovationskraft – sei es für den Durchbruch bei der CO₂-armen zirkulären Wirtschaft oder beim Klimaschutz. Technologien wie das **chemische Recycling**, die **Wasserstoffherzeugung** und die **Biotechnologie** müssen anerkannt und gefördert werden. Lassen Sie mich an dieser Stelle ein hessisches Beispiel geben: Kürzlich haben zwei unserer Mitgliedsunternehmen in einem Verbund mit fünf weiteren hessischen Unternehmen der Landesregierung angeboten, bei der Gestaltung einer technologieoffenen und sektorübergreifenden Wasserstoffstrategie zu unterstützen. Auch hier ist Technologieoffenheit wichtig. Die Stromversorgung mit ausschließlich grünem Wasserstoff, also aus erneuerbaren Energiequellen, wird noch nicht möglich sein. Um jedoch überhaupt einen Anfang zu machen, sollten wir zunächst alle Technologien zur Herstellung von Wasserstoff verwenden. Für die Anstrengungen benötigen wir mehr private und öffentliche Mittel für Forschung und Investitionen, insbesondere in der Entwicklungs- und Markteinführungsphase. Gemessen am BIP sollten Wirtschaft und Staat mittel- bis langfristig 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung investieren. Das gelingt unter anderem durch den Ausbau der **steuerlichen Forschungsförderung** sowie durch innovationsfreundliche und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen.

Den Pharmastandort stärken

Hochwertige und sichere **Gesundheitsversorgung** gibt es nur mit einer starken Pharma- und Medizintechnikindustrie. Damit die Unternehmen in innovative Therapien, Medikamente und Lösungen investieren, müssen

diese auch ausreichend vergütet und investitionsfreundliche Anreizstrukturen erhalten und ausgebaut werden. Ebenso sollten Gesundheits- und Versorgungsdaten anonymisiert oder pseudonymisiert allen Forschungseinrichtungen – öffentlich wie privat – zugänglich gemacht werden. In Hessen arbeiten Landesregierung, Hochschulen, Gewerkschaft und Gesundheitsindustrie innerhalb der Initiative Gesundheitsindustrie Hessen an genau diesen benannten Themen und nehmen sich gemeinsam der Herausforderungen der Corona-Pandemie an. So ist uns ein enger Schulterschluss gelungen. Hessen spielt in der Pandemiebewältigung eine zentrale Rolle: wir produzieren Impfstoff und notwendige Hilfsstoffe wie Lipide, stellen Tests her, produzieren Spritzen und Kochsalzlösung, die sicherstellen, dass die Impfstoffe zügig den Weg in die Oberarme finden. Auch mit der Entwicklung von Therapeutika zur Behandlung von Covid-19 sind hessische Unternehmen befasst. Zudem haben wir sehr früh fachliche und logistische Unterstützung angeboten. Als Beispiel soll hier das Angebot dienen, das große Netz an Betriebsärzten in unseren Unternehmen frühzeitig in die Impfkampagne einzubinden. Gerade in der aktuellen Situation ist es sinnvoll, die Kompetenz unserer Mitgliedsunternehmen zu nutzen, um für die Gesellschaft insgesamt eine positive Wirkung zu erzielen. Privatwirtschaft und öffentliche Hand sollten hierfür eng zusammenarbeiten.

Genehmigungsverfahren modernisieren und rechtssicher gestalten

Effiziente **Genehmigungsverfahren** sind die Basis für eine erfolgreiche Industrie. Sie müssen praktikabel und unbürokratisch sein. Dringend notwendig ist daher ein **Planungsmodernisierungsgesetz**, das alle

Prozesse zusammen mit der Industrie von Grund auf neu denkt und aufsetzt. Die Digitalisierung von Genehmigungsverfahren kann dabei unterstützen, darf aber kein Selbstzweck sein: Eine erweiterte Transparenz von Daten – etwa durch eine ungeschützte Internetveröffentlichung aller Unterlagen – darf damit nicht einhergehen. Denn dadurch würde die Sicherheit vertraulicher Informationen gefährdet. Die Verfahren müssen Rechtssicherheit bieten, um Investitionen in Deutschland zu fördern. Gerade **mittelständische Unternehmen** sind auf einen verständlichen und möglichst einfachen Rechtsrahmen angewiesen. Die seit Jahren anhaltende Tendenz, durch neue politische Projekte die Regulierungsdichte zu erhöhen, muss deshalb umgekehrt werden. Zudem sollten EU-Richtlinien 1:1 in nationales Recht umgesetzt werden, um Wettbewerbsverzerrungen sowie unnötige zusätzliche Bürokratie zu vermeiden. Jüngstes Beispiel ist die aktuelle Debatte im Bundesrat um verschärfte Luftreinhalteregeln für Gasturbinen, die zumindest einen wichtigen Industriepark in Hessen direkt betreffen.

Green Deal und Chemikalienstrategie für Wettbewerbsfähigkeit nutzen

Und nun kommen wir zum europäischen Mega-Projekt Green Deal. Dieser sollte vielmehr ein Sustainable Deal sein und zu einer Wachstumsstrategie entwickelt und von einer kraftvollen Industriepolitik unterstützt werden. Dazu müssen die Elemente dieses Deals – etwa die EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit – die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Industrie stärken. Der bisherige Fokus auf Zielvorgaben muss abgelöst werden durch klare Fahrpläne, wie diese Ziele erreicht werden sollen und welche Rahmenbedingungen dafür erforderlich

sind. Und hier reden wir nicht von Zukunftsmusik. 2021 wird das Jahr der Umsetzung. Fast alle Maßnahmen des Green Deal haben auch unmittelbar oder mittelbar Einfluss auf unsere Branche. Die verschiedenen Vorschläge sollen einen massiven Strukturwandel mit sich bringen. Zeitgleich stehen wir vor gewaltigen Innovations- und Investitionsanstrengungen, um das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 zu erreichen. Und all dies muss gelingen, obwohl wir in der anhaltenden Pandemie bereits eine immense Herausforderung für die wirtschaftliche Stabilität unserer Betriebe haben. Wie Sie sehen, haben wir hier viel Arbeit vor uns!

Digitalisierung verbessern

Im digitalen Bereich muss in Hessen und Deutschland der Breitbandausbau deutlich Fahrt aufnehmen. Datenökonomie und ausreichende Kapazitäten für High-Performance-Computing sind Schlüssel für Innovationen. Wir brauchen bis 2025 ein Netz, das schnell, flächendeckend und stabil ist. Aber auch in der Bildung ist Digitalisierung gerade in Zeiten der Pandemie von allerhöchster Relevanz. Wir haben in den Schulen erlebt, dass Homeschooling den Präsenzunterricht nur vorübergehend ersetzen kann, wenn digitale Unterrichtsformen eingeübt sind. Neben der IT-Ausstattung von Schüler- und Lehrerschaft gehören fachspezifische digitale Unterrichtskonzepte und die zielgerichtete Fortbildung der Lehrkräfte in das Pflichtenheft. Zu diesen Themen bieten wir selbst als Chemieverbände Hessen Konzepte an und auch der Fonds der Chemischen Industrie bietet hier Unterrichtsmaterialien im Rahmen der Schulpartnerschaft Chemie an. Zudem beteiligen wir uns sehr aktiv am Runden Tischen der hessischen Ministerin für Digitale Strategie und

Entwicklung im Rahmen der Kampagne „Digitale Kompetenzen stärken“. Dieser soll prioritäre Bereiche der hessischen Digitalisierungsstrategie erarbeiten.

Den globalen Nachhaltigkeitszielen verpflichtet

Nachhaltigkeit ist für die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie keine Vision, sondern schon längst konkrete Handlungsanleitung an ihren nationalen und internationalen Standorten. Die Branche versteht die „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen als klaren Auftrag, sich stetig zu verbessern: Die Transformation in eine nachhaltige Wirtschaftsweise hat für die hessische Chemie- und Pharmaindustrie viele Facetten: Sie investiert in den Umweltschutz, erhöht ihre Energieeffizienz und bekennt sich zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Sie trägt mit Produkten und Verfahren dazu bei, dass Ressourcen geschont werden und die Kreislaufwirtschaft vorankommt. Die Hessische Landesregierung hat auch eine Nachhaltigkeitsstrategie aufgelegt, an deren Umsetzung wir uns gerne beteiligen. Wichtig ist jedoch, dass regionale Initiativen - so wichtig sie auch sind – nicht versuchen, europäische oder globale Maßnahmen rechts zu überholen. Einen Flickenteppich kann niemand wollen. Wir bieten an, „Best Practice-Beispiele“ aus der Industrie in die Hessische Nachhaltigkeitsstrategie einzubringen. Mit diesen Beispielen können wir zeigen, wie der Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem funktioniert. Unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen hier in Hessen müssen mitgedacht werden.

Nun komme ich zum Schluss: Die Pandemie hat viele Trends und Entwicklungen verstärkt, aber auch Handlungsnotwendigkeiten offengelegt.

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

Unsere Branche ist zusammengerückt und arbeitet daran, unter schwierigen Bedingungen bestmöglich durch die Pandemie zu kommen. Wir haben systemstabilisierend gearbeitet und werden dies auch in Zukunft sein. Gerade deswegen hoffen wir mit unseren Ideen zur Politik durchdringen zu können, damit das Industrieland Deutschland und unsere Industrieregion Hessen stabil bleiben.

Danke für Ihrer Aufmerksamkeit!